HEINRICH BÖLL STIFTUNG

EINE ZUKUNFT FÜR DIE INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK
Ein Diskussionspapier der Heinrich-Böll-Stiftung[1]

***Von Lili Fuhr**, Referentin für Internationale Umweltpolitik*
und
***Barbara Unmüßig**, Vorstand*

Zusammenfassung
Zwei Jahre nach dem Klimagipfel von Kopenhagen entfernt sich die Welt immer rascher von einer Zukunft, die hinsichtlich des Klimawandels und seiner Folgen zugleich ambitioniert und gerecht ist. Die Politik ist voll und ganz mit der weltweiten Finanzkrise beschäftigt. Darüber gerät die Klimakrise mehr und mehr in Vergessenheit. Verantwortung für die Klimakrise und den Beinahe-Stillstand der Verhandlungen tragen Industrieländer und Schwellenländer, wenn auch in unterschiedlicher historischer und aktueller Ausprägung. Das mangelnde öffentliche Interesse und der Rückzug wichtiger Akteure aus den UN-Klimaverhandlungen (UNFCCC) können wir uns nicht leisten, wenn wir nicht geradewegs in eine 3 bis 4 Grad Welt steuern wollen. Im Kontext der globalen Machtverschiebungen und der Tatsache, dass die G-20 zu *dem* mächtigen Gremium und zum „führenden Forum für weltweite wirtschaftliche Entwicklung“[2] geworden sind, muss gewährleistet sein, dass die Politik der G-20 Länder sich an den Zielen der Klima- und Umweltpolitik, am Kampf gegen Armut und für weltweite Gerechtigkeit orientiert und sie nicht wie gegenwärtig untergräbt.

Klimapolitisches Engagement muss auf neue Strategien und Bündnisse setzen, die unseres Erachtens auf den folgenden Überlegungen gründen müssen:

- Wenn wir einen gefährlichen Klimawandel verhindern wollen, dann gibt es keine Alternative zu einem rechtlich bindenden internationalen Abkommen.
- Die UNFCCC muss der entscheidende Ort für internationale klimapolitische Verhandlungen bleiben. Gleichzeitig müssen wir uns stärker auf jene Foren und politischen Programme konzentrieren, die ernsthafte klimapolitische Anstrengungen sabotieren – speziell auf die G-20.
- Gleichzeitig müssen nationale Energie-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken die Basis für einen weltweiten Wandel in Richtung Klimasicherheit schaffen. Stillstand auf internationaler Ebene darf nicht als Vorwand für nationale Untätigkeit dienen.
- Klimapolitik bedarf auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene einer neuen Ressourcenpolitik (Land, Wasser, Biodiversität, mineralische und fossile Rohstoffe) und muss sich über eine rein CO_2-zentrierte Sicht hinaus entwickeln. Die Wechselbeziehungen der verschiedenen Politikfelder zueinander müssen in integrierte Lösungsansätze bei der Vermeidung von sowie bei der Anpassung an den Klimawandel münden.

Zivilgesellschaftliches Engagement sollte in der internationalen Klimapolitik die folgenden Schwerpunkte verfolgen:

- Die Wiederherstellung von Koalitionen sowie die Entwicklung einer Arbeitsteilung zwischen denen, die sich in den UN-Verhandlungen engagieren („inside“) und denen, die für eine gerechte und CO_2-freie Welt von außen streiten („outside“). Dabei müssen Veränderungen in Geopolitik und Global Governance stets mit bedacht werden.
- Die klare Ausrichtung von Kampagnen gegen die eigentlichen Störkräfte und Blockierer in Wirtschaft und Politik – und zwar lokal, regional und weltweit.
- Die Mobilisierung lokaler wie globaler Bewegungen, die unsere Gemeingüter (Commons) rückerobern - die Atmosphäre, Grund und Boden, Wälder, Biodiversität und Wasser, aber auch das Wissen und den öffentlichen Raum.

1. Wir danken Hans Verolme and Farhana Yamin, deren Analysen im Rahmen unseres Projektes zur Zukunft der internationalen Klimapolitik einen außerordentlichen Beitrag zur Vorbereitung dieses Diskussionspapiers geleistet haben. Vielen Dank auch an die Kolleginnen und Kollegen aus der ganzen Welt, die vorangegangene Entwürfe kommentiert haben.
2. Siehe http://www.g20.org/about_what_is_g20.aspx (abgerufen am 31.Oktober 2011).

Von führenden Politikerinnen und Politikern sollten wir erwarten, dass sie die gleichzeitig auftretenden Krisen – Klimawandel, Hunger, soziale Ungleichheit, der Zusammenbruch der Finanzsysteme - mit einem übergreifenden Ansatz anpacken. Es ist erst zwei Jahre her, dass wir uns alle auf den größten UNO-Gipfel aller Zeiten, die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 15) in Kopenhagen, vorbereitet haben. Die ganze Welt sah zu, wie dort mehr als 100 Staatsoberhäupter, zahlreiche Unterhändlerinnen und Unterhändler sowie Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine Vereinbarung zu erzielen versuchten, um den Klimawandel aufzuhalten und die „Welt zu retten" Wir wurden Augenzeugen, wie sie scheiterten. Der kommende Klimagipfel in Durban, Südafrika, findet leider nur wenig Beachtung. Die Politik ist vollauf damit beschäftigt, die globale Finanzkrise zu bekämpfen. Diese ist ohne Zweifel eine ernste Bedrohung unseres Wohlstandes und des Wohls von Millionen von Menschen. Gleichzeitig jedoch lahmt das öffentliche Interesse an Klimapolitik und wesentliche Akteure distanzieren sich zunehmend von den internationalen Klimaverhandlungen. Das Misstrauen in diesen Prozess ist größer denn je. Was aber sind die politischen Alternativen? In welchen Foren außerhalb der UN-Klimaverhandlungen wird der drohende Klimawandel mit aller Ernsthaftigkeit und gebotener Eile bearbeitet? Es droht aus dem Blick zu geraten, was hier auf dem Spiel steht: eine Zukunft mit oder eine Zukunft ohne gefährlichen Klimawandel.

Der Klimawandel als moralische Herausforderung

Der Klimawandel verschwindet nicht einfach – er ist real. Auf der ganzen Welt leiden Menschen an seinen Folgen. Die Hungersnot am Horn von Afrika und die Überschwemmungen der jüngsten Zeit in Thailand und Mittelamerika sind erschreckende Beispiele für eine Welt mit steigenden Temperaturen, unzulänglichen Institutionen, mangelnden Anpassungsmöglichkeiten und einer ungerechten Verteilung von Ressourcen.

Der Imperativ des „Do no harm" ist ein bedeutender Wert nicht nur westlicher Gesellschaften. Im Kampf gegen den Klimawandel setzen sich jedoch häufig kurzsichtige wirtschaftliche Interessen durch. Der Klimawandel fordert unsere tief empfundene Vorstellung von Gerechtigkeit heraus. Die Ärmsten, die für den Klimawandel kaum oder gar nicht verantwortlich sind, sind den schlimmsten, teils katastrophalen Folgen ausgesetzt – ohne dass sie in der Lage wären, diese Folgen zu bewältigen. Pikanterweise sind die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels ein wichtiger Grund dafür, dass die reichsten Volkswirtschaften sich in klimapolitischen Fragen bewegen. Entsprechend ist der Klimawandel nicht bloß eine wirtschaftliche oder umweltpolitische Herausforderung, die Handeln nach dem Verursacherprinzip erfordert. Der Klimawandel steht im Kontext einer viel breiteren Krise von ökologischer Ungerechtigkeit und dauerhafter Armut auf der einen und übermäßigem Ressourcenkonsum auf der anderen Seite. Daher stellt er eine moralische – nicht nur eine ökonomische und ökologische – Herausforderung dar. Lösungen für diese Probleme sind bekannt. Dennoch scheint die aktuelle Politik nicht bereit, sie umzusetzen, sondern verschiebt Handeln in die Zukunft.

Die entscheidende Herausforderung: Sind wir bereit?

Die ausschlaggebende Frage bei den Verhandlungen in Durban lautet: Wird es eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls geben, wenn die erste Ende 2012 ausläuft? Auf den ersten Blick mag dies als eine sehr technische oder rechtliche Frage erscheinen, aber sie hat weitreichende Folgen. Die Aufgabe, die Erderwärmung unterhalb der kritischen Schwelle von zwei Grad Celsius (oder gar 1,5 Grad Celsius) im Vergleich zu vorindustrieller Zeit zu halten, erfordert dringend ein Umschwenken hin zu einer globalen CO_2-freien Wirtschaft, d.h. eine Senkung der Emissionen der Industriestaaten um 80 bis 95 Prozent bis 2050. Möglich wird das aber nur dann sein, wenn alle eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Ziel haben und die Verantwortung, Rechte und Regeln entsprechend fair unter sich aufteilen. Wir sind weit davon entfernt, die Emissionen nur noch bis 2015 ansteigen zu lassen. Danach müssen sie drastisch zurück gehen. Auch über eine wirksame und gerechte Aufteilung der nötigen Emissionsreduktionen zwischen den Staaten wird kaum gesprochen. Im Gegenteil: Unsere politischen Spitzenkräfte fordern dagegen, unsere Erwartungen an die Klimaverhandlungen auf ein realistisches, pragmatisches Maß herunterzuschrauben. "Realismus", wie er heute interpretiert wird, würde allerdings bedeuten, drei bis vier Grad Erwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts zu akzeptieren.

Noch können wir ein rechtlich bindendes Abkommen mit verbindlichen Regeln zum Schutz von Umwelt, Atmosphäre und unseren Lebensgrundlagen erreichen. Die Alternative – das, worauf wir uns momentan zubewegen – sind freiwillige Zusagen und ihre spätere Überprüfung („Pledge and Review"). Das gibt es bereits in der Menschenrechtspolitik oder als Verfahren für ethisches Verhalten von Unternehmen, aber bislang noch nicht in der Klimapolitik. In der Praxis würde dies bedeuten, dass wir auf (völkerrechts-)verbindliche Regeln zur Senkung von Emissionen verzichten würden. Angesichts der Herausforderungen gefährlichen Klimawandels können wir uns auf ein solches System unverbindlicher und völkerrechtlich nicht einklagbarer Zusagen nicht einlassen. Zumindest kurzfristig werden die Armen und Schutzlosen auf der Verliererseite stehen, sie haben keine oder wenig Verhandlungsmacht. Langfristig wird der Klimawandel uns alle zu Verlierern machen. Neben radikalen Maßnahmen, die die CO_2-Emissionen senken, brauchen wir Maßnahmen zur Anpassung an die globale Erwärmung und Kompensationen für diejenigen, die Verluste und Schäden durch unvermeidliche Folgen erleiden. Das geht bislang nur im globalen Verhandlungskontext der Vereinten Nationen

Geld und Lobbyismus von Unternehmen üben zunehmend direkten und indirekten Druck auf Regierungen in aller Welt aus. Das gilt leider für alle politischen Systeme. Sehr oft geben Unternehmen gezielt Geld aus, um für sie rechtlich bindende Regelungen abzuwenden und die Rechte von Investoren zu schützen. Wir müssen erkennen, dass unsere Demokratien in ihrer gegenwärtigen Form es häufig versäumen, die globalen Gemeingüter sowie die Rechte von Menschen (auch in Drittländern) und zukünftigen Generationen gegen private Renditeinteressen zu schützen. In der Finanzkrise erleben wir, wie Verluste der Privatwirtschaft im großen Stil sozialisiert werden. Das müssen wir im Kampf gegen den Klimawandel zu verhindern suchen.

Wollen wir die besten Komponenten des Kyoto Protokolls erhalten – des einzig bindenden Abkommens zur Senkung der Treibhausgasemissionen – müssen wir neue, ungewöhnliche und breitere Bündnisse schließen als bisher. Und wir müssen über den engen Rahmen der Klimaverhandlungen – so wichtig sie bleiben - hinausgehen, um den politischen Willen und die dafür nötige öffentliche Unterstützung zu mobilisieren. Eine solche Strategie zur Rettung des Kyoto-Protokolls ist unserer Meinung nach notwendig, obwohl es in seiner aktuellen Form und Umsetzung schwach und problematisch ist, da es beispielsweise Offset-Politiken (die Einsparung von Emissionen anderswo, die auf die eigenen Ziele angerechnet werden) zulässt und Marktversagen nicht korrigiert.

Die Welt vor Durban

In den vergangenen beiden Jahren ist es nicht nur weltweit zum höchsten Anstieg der CO_2-Emissionen gekommen (nach einem vorübergehenden Einbruch 2009 durch die erste Welle der Finanzkrise) – und das nicht nur in Schwellenländern wie China. Daten der Internationalen Energieagentur zufolge erreichten die Emissionen 2010 weltweit einen Spitzenwert von 30,6 Gigatonnen. Es ist besorgniserregend, dass die CO_2- und Ressourcenintensität der Weltwirtschaft weiterhin steigt – und *nicht* zurückgeht. Folglich ist die Klimaforschung in letzter Zeit noch über die pessimistischeren Szenarien des vierten IPCC-Sachstandsberichts hinausgegangen.

Das Pledge-and-Review-Verfahren, das 2009 mit dem Kopenhagen Accord avisiert wurde, hat bislang am Klimawandel nichts geändert und zu einer eklatanten Lücke (Gigaton Gap) von bis zu zehn Gigatonnen geführt, die eigentlich reduziert werden müssten, wenn wir die vom IPCC geforderten Ziele - eine Senkung von mindestens 25 bis 40 Prozent für die Industriestaaten bis 2020 (verglichen mit den Zahlen für 1990) - annähernd erreichen wollen. Die in Kopenhagen versprochenen Emissionssenkungen führen Studien zufolge bis 2020 (im Vergleich zu 1990) in den Industriestaaten lediglich zu einem Rückgang der Emissionen von 11 bis 16 Prozent.[3]

Zudem werden die Regierungen der Industriestaaten überhaupt nicht ihrer doppelten Verantwortung gerecht: Danach müssen sie entsprechend ihrer historischen und aktuellen Verantwortung nicht nur die Emissionen im eigenen Land senken, sondern auch den ärmeren Ländern angemessene, zuverlässig fließende, zusätzliche Mittel für Klimaschutz und die Anpassung zur Verfügung stellen. Einige der schwerwiegendsten Folgen der globalen Erwärmung sind in solchen stark gefährdeten Regionen bereits zu spüren. Gleichzeitig wird bei Klimaschutzpolitiken und -technologien der notwendige Aufbau von Anpassungskapazitäten oft nicht berücksichtigt. Dabei müssten die Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Politikfeldern eigentlich in integrierte Lösungsansätze bei Klimaschutz und Anpassung münden.

3. http://www.climateactiontracker.org/developed.php (abgerufen am 31. Oktober 2011).

Eine um vier Grad wärmere Welt?

Berücksichtigt man all das, muss man sich fragen, was der Nutzen des sogenannten Zwei-Grad-Ziels ist, das sich u.a. die EU zu eigen gemacht hat und das als die Schwelle gilt, die keinesfalls überschritten werden darf.[4] Für uns ist und bleibt es die Messlatte dafür, ob bei unseren Regierungen Worten Taten folgen. Die Reduktionsziele für 2020 sind nicht angemessen. Der Hunger nach fossilen Brennstoffen wird so weiter forciert – gerade auch von solchen Rohstoffen, die nur noch unter hohen ökologischen Risiken und wirtschaftlichen wie sozialen Kosten erschlossen werden können (z.B. in der Arktis, dem Amazonas, der Tiefsee). Die Folge ist, dass wir uns auf eine um mindestens drei bis vier Grad wärmere Welt zubewegen. Einerseits müssen wir deswegen unsere aktuellen Anstrengungen erhöhen, Druck auf Regierungen und Unternehmen auszuüben. Andererseits müssen wir unsere Anstrengungen fundamental neu ausrichten und versuchen, die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels durch Anpassungsmaßnahmen zu mildern, die finanziellen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder und der am stärksten gefährdeten Gruppen zu erfüllen, und wir müssen falsche oder ungerechte Lösungen verhindern, wie beispielsweise eine Zunahme der Schlupflöcher im Klimaregime, Waldschutz durch problematische Marktmechanismen oder Klima- bzw. Geo-Engineering.

Rio+20: Ein globaler Green New Deal?

Im Juni 2012 werden sich die Staatsoberhäupter, Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen und Mitglieder der Zivilgesellschaft aus aller Welt in Rio de Janeiro zusammenfinden, um den 20. Jahrestag des Erdgipfels von 1992 zu begehen, eine Bilanz der seither gemachten Fortschritte zu ziehen und der nachhaltigen Entwicklung weltweit neue Kraft zu verleihen. Rio 2012 könnte die Weichen für ein gerechteres, ressourcenschonendes und CO_2-armes Wirtschaften stellen.

Bislang allerdings beteiligen sich nur wenige am Vorbereitungsprozess, und selbst die zuversichtlichsten Prognosen warnen davor, hier einen Quantensprung in Richtung nachhaltige Zukunft zu erwarten. Schlimmer noch, das Konzept der „Green Economy“[5], wie es derzeit im Zusammenhang mit Rio+20 diskutiert wird, hat keinerlei normatives Gerüst oder Kriterien, noch beinhaltet es den Verzicht auf bestimmte, hoch riskante Technologien wie die Atomenergie, große Staudämme, nicht nachhaltige Biokraftstoffe oder Gentechnik in der Landwirtschaft. Entsprechend besteht die Gefahr, der Wirtschaft könne hier nur mehr ein grünes Image verpasst und die Welt grüner aber gleichzeitig auch ungerechter werden – und dies trotz der lobenswerten Bemühungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), das Thema zumindest auf die politische Agenda zu setzen – denn sogar dafür gibt es breiten Widerstand in Politik und Wirtschaft. Viele Menschen sehen in einer falsch verstandenen „Green Economy“ sogar die Gefahr, dass Gemeingüter weiter privatisiert und die Natur und natürliche Ressourcen weiter kommerzialisiert werden (beispielsweise Wälder, Land und Biodiversität), wodurch mögliche Fortschritte in der Klima- und Umweltpolitik zunichte gemacht und Ungerechtigkeiten verstärkt würden. Rio+20 wird aller Voraussicht nach nicht der Durchbruch in eine nachhaltige Zukunft werden, und auch kein Plan B unserer Regierungen, sollten sie in Durban keine Resultate erzielen. Der G20 Gipfel in Mexiko wird nun kurz vor der Rio+20-Konferenz stattfinden. Von dort könnten in der Tat Impulse für eine gerechtere, ressourceneffizientere und kohlenstoffärmere Welt ausgehen - politischen Willen vorausgesetzt.

Erwartungen an die COP 17 in Durban

Seit dem Klimagipfel in Bali 2007 verlaufen die Klimaverhandlungen zweigleisig. Auf der einen Seite geht es um die Zukunft des Kyoto Protokolls und um neue Zielvorgaben für die Staaten, die Kyoto-Verpflichtungen eingegangen sind. Der andere Teil, also die Verhandlungen zur sogenannten „Long-term Cooperative Action“ (LCA), beschäftigt sich umfassender mit der Implementierung der Klimarahmenkonvention (Anpassung, Finanzierung und Technologien).

---

[4]. Im Kopenhagen Accord einigten sich Regierungen auf das Ziel, den Klimawandel auf höchsten zwei Grad Celsius (über vorindustriellem Niveau) zu begrenzen. Der fortschreitende Klimawandel und Fortschritte in der Klimaforschung lassen viele heute jedoch davon ausgehen, dass bereits eine Erwärmung von mehr als 1,5℃ einen gefährlichen, weltweiten Klimawandel auslösen wird – wie in der UN-Rahmenkonvention definiert. Keine dieser Zielvorgaben ist rechtlich bindend.

[5]. Der vollständige Titel lautet: „Green Economy in the context of sustainable development and poverty eradication“ (GESDPE).

Für Durban stehen nun konkret folgende Themen auf der Agenda:

EIN RECHTLICH BINDENDES GESAMTPAKET. Eines der Hauptthemen für Durban ist ein „Masterplan", ein Gesamtpaket („legal package) für beide Verhandlungsschienen und die Zukunft des Kyoto-Protokolls. Mit einem solchen Paket müssen sich die Regierungen auf Emissionswerte einigen, die die große Emissionsreduktionslücke schließen. Den Erfolg von Durban nur an einer Übereinkunft zum Kyoto Protokoll messen zu wollen, wäre aber ein Fehler. Beunruhigend ist allerdings, dass viele Länder bereit zu sein scheinen, es einfach aufzugeben. Denn es ist das einzige rechtlich bindende Instrument, und in ihm stecken ein Jahrzehnt intensiver und kleinteiliger Arbeit zur Umsetzung.

Zu Recht weisen Kritiker darauf hin, dass u.a. durch den Ausstieg der USA aus dem Kyoto Protokoll 2001 das Abkommen nur einen schrumpfenden Teil (ca. 30 Prozent) der weltweiten Emissionen betrifft und die Schwellenländer ohnehin nicht zu Reduktionen durch das Kyoto Protokoll verpflichtet sind. Dennoch sollte man seinen symbolischen und politischen Wert nicht unterschätzen, haben sich doch hiermit einige der historisch wichtigsten Emittenten von Treibhausgasen zu ihrer Verantwortung bekannt und eine Führungsposition eingenommen. Europa – und Deutschland als seine größte Volkswirtschaft – sollte hier auf Kurs bleiben. Einige wichtige Entwicklungsländer haben dennoch nicht die Hoffnung aufgegeben, in Durban ein weitergehendes Abkommen zu schließen – eines, das auch die USA unterzeichnen. Zwar verstehen wir diese Position, befürchten aber, dieser Ansatz könne zu einem Versteckspiel führen. Alle müssen mehr tun! Eine politische Übereinkunft über eine weitere Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls – eben *keine* Übergangsvereinbarung – muss aber Hand in Hand gehen mit einem Fahrplan für einen rechtlich verbindliches Abkommen bis 2015, dem sich alle Emittenten, inklusive der USA und der großen Klimagasproduzenten unter den Entwicklungsländern (wie Brasilien, Südafrika, Indien und China), anschließen und der für alle Länder Anreize enthält, CO_2-arm zu wirtschaften. Außerdem benötigt ein solches Abkommen eindeutige Kriterien dafür, wie die notwendigen Anstrengungen gerecht aufzuteilen sind, nämlich gemäß der historischen Verantwortung und der wirtschaftlichen Möglichkeiten.[6]

MRV[7] – Ein weiteres entscheidendes Thema für Durban sind Klimaschutzmaßnahmen der Entwicklungsländer. Die Tendenz weg von einem multilateralen, regelbasierten Klimaregime durch Länder wie den USA führt dazu, das derzeitige gemeinsame Bilanzierungssystem für die reichen Staaten, das der IPCC entwickelt hat, abzuschaffen. Wir wissen nur zu gut, was geschieht, wenn Banken und Konzerne ihre Bilanzen frisieren. Beim Klima würde sich das nicht viel anders verhalten. Es ist wichtig zu begreifen, dass *nicht* jede Tonne Kohlenstoff gleich ist. Vorsicht ist angebracht, wenn es um die Wälder für zukünftigen Klimaschutz geht (Reduced Emissions from Deforestation and Forest Degradation, REDD+[8]). Nicht alle REDD Projekte sind per se unproblematisch. Einige der laufenden REDD-Pilotprojekte zeigen, dass es bessere ökologische Schutzklauseln (Safeguards) und Schutz vor Menschenrechtsverletzungen geben muss. Sie zeigen auch, wie riskant es ist, CO_2 fossilen Ursprungs mit solchem organischen Ursprungs zu verrechnen. So kann beispielswiese die kanadische Regierung nach geltenden Regeln durch Waldbrände emittiertes CO_2 ignorieren. Das kann die Integrität des Klimaschutzregimes untergraben und führt nicht unbedingt zu weniger Treibhausgasemissionen global. Gleichzeitig wächst der Druck auf Entwicklungsländer, in ihrer Klimapolitik für mehr Transparenz zu sorgen. Die Zivilgesellschaft hat sich seit Jahrzehnten für mehr Transparenz, bessere Schutzklauseln und Good Governance engagiert. Wir unterstützen die Forderung für ein einheitliches System zur Messung, Meldung und Prüfung (MRV) unter Aufsicht der UNFCCC. Kommt eine solche Forderung aber von einem Land wie den USA, das für seine Untätigkeit in Klimafragen bekannt ist, dann klingt das hohl. Gleichermaßen problematisch ist, dass weiterhin Schlupflöcher benutzt werden, die faktisch mehrere Gigatonnen ausmachen, z.B. indem es einzelnen Ländern überlassen wird, ihre Messbasis (Baseline) bei der Erhebung von Daten zu bestimmen. Durban wäre der Ort, aus vagen Versprechungen endlich verbindliche Zielvorgaben zu machen.

FINANZEN – In Kopenhagen versprachen die Industrieländer, internationale Finanzhilfen für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern bis 2020 auf jährlich 100 Milliarden US-Dollar zu

6. Ein derartiges System, das das Prinzip der „common but differentiated responsibilities and respective capabilities" der UNFCCC in einen differenzierten Index übersetzt, ist der Greenhouse-Development-Rights-Ansatz (GDR) (http://www.boell.de/GDRs).
7. MRV, d.h. „measurable, reportable and verifiable" (messbar, berichtbar und überprüfbar) wurde 2007 in Bali eingeführt. Gegenwärtig wird darüber verhandelt, wie es als Werkzeug zur Umsetzung dienen kann – bezüglich der Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (aber auch um finanzielle Leistungen der Industriestaaten zu messen), inklusive einer externen Überprüfung.
8. Zu REDD+ gehören auch Maßnahmen zur nachhaltigen Forstwirtschaft und zur Steigerung der Kohlenstoffaufnahme durch Wälder.

steigern. Doch selbst diese beachtliche Summe reicht, wie wir wissen, nicht aus. Ebenso gilt: je weniger wir tun, um das Problem zu entschärfen, desto höher fallen die Kosten für Anpassungsmaßnahmen aus (und auch für Kompensationen bei Verlusten und Schäden). Unglücklicherweise spielt diese Abwägung für in den Verhandlungen bislang keine Rolle – oder wird von anderen Erwägungen verdrängt.

Und: Wo soll das Geld herkommen? Wird es zusätzlich zu den Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit fließen? Die Frage der Geldquellen ist heute besonders wichtig, da aktuell Schlüsselländer, die den Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen finanzieren sollen, in einer Schuldenkrise stecken. Eine innovative Geldquelle ist die Finanztransaktionssteuer. Die Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen setzen sich bereits seit Langem dafür ein und heute scheint eine solche Steuer fast in greifbarer Nähe. Allerdings dürften heute die Erträge eher in die leeren Staatskassen fließen als in den Klimaschutz. Dies zu verhindern, wäre ein Signal, das von Durban ausgehen könnte. Andere mögliche langfristige Finanzierungsquellen für den Klimaschutz sind eine Abgabe auf den Flugverkehr (auf europäischer Ebene) und eine (weltweite) Steuer auf Schiffsdiesel. Richtig umgesetzt, könnten sie zusammen beträchtliche Mittel einbringen. Die tatsächlich notwendigen Beträge kämen aber auch so nicht zusammen.

Bei knappen öffentlichen Kassen verlagert sich die Hoffnung auf Klimainvestitionen des Privatsektors. Dessen Engagement für Klimaschutz wird dringlich gebraucht. Ob der Privatsektor dabei auch öffentliche Gelder in Anspruch nehmen soll durch sogenannte Private Public Partnerships (PPP) ist umstritten, sowohl zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als auch innerhalb der Zivilgesellschaft. Zentral bleibt die Aufgabe der öffentlichen Hand. Sie muss dort politische Prioritäten setzen, wo der Privatsektor wenig oder keine Renditeerwartungen hat, beispielsweise in der Klimaanpassung.

Es mehren sich außerdem die Anzeichen, dass Institutionen wie die Weltbank, die für die Finanzierung des Klimaschutzes entscheidend sind, ihr System von Sozial- und Umweltschutzklauseln eher schwächen als stärken. Auch für die Klimafinanzierung gilt, dass sie nach fairen, (geschlechter-)gerechten und nachhaltigen Prinzipien aufgebaut sein muss. Transparenz und Rechenschaftspflicht gehören dazu. Auch Klimaschutzprojekte brauchen eine Prüfung der sozialen Folgen und müssen den Schutz indigener Bevölkerungen garantieren. Weniger öffentliches Geld, weniger Schutzklauseln sowie unzureichende Anpassungsmaßnahmen führen in eine Welt, die prinzipiell nicht nachhaltig und nicht gerecht ist. Zusätzliche Mittel sind von entscheidender Bedeutung, aber bei den richtigen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel geht es nicht nur um Geld. Eine weitere Herausforderung besteht darin, neue Ansätze der Zusammenarbeit zu finden und unsere Institutionen zu reformieren.

Es ist klar, dass die Klimaverhandlungen – und alles, was im Vorfeld von und in Durban geschieht – im Lichte der aktuellen geopolitischen Machtverschiebungen verstanden werden muss. Entsprechend muss die Klimapolitik in den Kontext dieser Machtkämpfe eingeordnet werden. Dieselben Regierungen – oder Teile von ihnen –, die im Rahmen der UNFCCC über die Rettung des Klimas verhandeln, untergraben in anderen Foren und Politikbereichen (z.B. Landwirtschaft, Infrastruktur und Finanzen) eben diese Anstrengungen. Unterstützt werden sie dabei von mächtigen Lobbys und der Geldmacht der Wirtschaft, was verhindert, dass wir ein gerechtes, ehrgeiziges und rechtlich bindendes weltweites Abkommen schließen.

Geopolitische Veränderungen

Die globalen Machtverhältnisse haben sich in den letzten Jahren erheblich verschoben, und viele neue, interessengeleitete Koalitionen sind entstanden. Für die Klimapolitik entscheidend ist die Abnahme der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen, die bereits begann, als die USA aus dem Kyoto-Protokoll ausstiegen. Die USA ist heute auf nationaler Ebene klimapolitisch handlungsunfähig, weshalb es sehr unwahrscheinlich ist, dass sie in absehbarer Zeit einem rechtlich bindenden internationalen Klimaabkommen beitreten werden. Wir wissen aber auch, dass wir die USA als eine der historisch und pro Kopf bedeutendsten Verursacher von Treibhausgasen nicht einfach links liegen lassen können. Deshalb müssen wir eine Lösung finden, die es den USA erlaubt, einem rechtlich bindenden Abkommen zu einem späteren Zeitpunkt beizutreten.

Die G-77 ist als Verhandlungsblock durch die stark divergierenden Interessen ihrer Mitglieder geschwächt. Geht es um Klimaschutz und eine Teilung der Lasten, ist es für die am wenigsten entwickelten Länder und die großen Schwellenländer immer schwieriger, sich auf gemeinsame Positionen und Forderungen zu einigen. Selbstverständlichere Allianzen scheinen sich unter den am

stärksten gefährdeten Ländern zu ergeben, beispielsweise der Afrikanischen Gruppe, der Mehrheit der Allianz kleiner Inselstaaten (AOSIS) – den Entwicklungsländern unter den kleinen Inselstaaten (SIDS) – und den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs). Die kürzlich gemeinsam von der Afrikanischen Gruppe, den LDCs und der ALBA-Gruppe[9] herausgegebene Erklärung weist in diese Richtung. Die Schwellenländer stimmen ihrerseits ihre Positionen zunehmend über Gruppen ab wie BASIC (Brasilien, Südafrika, Indien, China), BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) oder IBSA (Indien, Brasilien, Südafrika).

Die G-20 müssen für das Zwei-Grad-Ziel Verantwortung übernehmen

In den letzten Jahren hat ein internationales Forum stark an Bedeutung gewonnen, das weder seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig, noch hinsichtlich seiner Mitgliedschaft offen ist, – die G-20. Die G-20 besteht, grob gesagt, aus zwei Gruppen von Ländern, der G-7 – den alten Industriestaaten (Europa plus die USA, Japan und Kanada) – und den Schwellenländern (China, Indien, Brasilien, Südafrika, aber auch Mexiko, Argentinien, Indonesien, Südkorea und Saudi-Arabien). Die beiden Gruppen teilen nur wenige Interessen – außer wenn es darum geht, den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu sichern (zu Land, Wasser, Bodenschätzen, Öl, Luftraum, Biodiversität) sowie den Zugang zu den Märkten der Länder, die nicht mit am Tisch sitzen – den ärmeren Entwicklungsländern. Folglich streben die G-20-Staaten nach größerer Sicherheit für ihre Investitionen sowie nach einem weltweiten „Pledge-and-Review-Verfahren“, das es unmöglich macht, sie für irgendwelche Schäden oder negativen Begleiterscheinungen zur Verantwortung zu ziehen.

Ursprünglich entstanden ist die G-20 Ende der 1990er Jahre als informeller Zusammenschluss der Finanzminister. In den vergangenen Jahren wurde dieses Mandat erheblich über das finanzpolitische und makroökonomische Mandat hinaus erweitert. Heute trifft die G-20 Entscheidungen und Absprachen und steuert internationale Investitionen, die erhebliche Auswirkungen auf die Klima-, Energie- und Ressourcenpolitik haben. Dabei werden häufig Politikentscheidungen anderer Foren für eine nachhaltige Entwicklung jedoch untergraben. Ein Beispiel ist der Development Action Plan (DAP), auf den sich die G-20-Staaten bei ihrem Gipfel in Seoul 2010 einigten. Die neun Investitionssektoren des DAP (die zwei wichtigsten sind Infrastruktur und Landwirtschaft) haben keine ökologische oder klimapolitische Komponente. Sie konzentrieren sich auf klassische Modernisierungspolitik als gäbe es keinen Klimawandel. Die Interessen von Investoren genießen Vorrang vor dem Schutz der Umwelt und der Menschen. Entwicklungsplanung, kann aber unter den Bedingungen des Klimawandels nicht mehr in „parallelen Welten“ stattfinden. Das Gebot der Kohärenz ist mehr denn je gefragt, wenn die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnisse in Einklang mit den Folgen des Klimawandels gebracht werden sollen.

Im Jahr 2011 hat die G-20 die Klimafinanzierung zum Thema gemacht, und 2012 wird voraussichtlich „grünes Wachstum“ auf der Tagesordnung des Treffens in Los Cabos, Mexiko, stehen. Die G-20 hat allerdings kaum Fortschritte dabei erzielt, schädliche Subventionen für fossile Brennstoffe abzuschaffen – was 2009 auf dem Gipfel von Pittsburgh versprochen worden war. Wenn die G-20 das „führende Forum für weltweite wirtschaftliche Entwicklung“[10] ist, und wenn wir ernsthaft den Klimawandel aufhalten wollen, dann müssen wir sicherstellen, dass die Politik der G-20 unsere Ziele für das Klima, die Umwelt, die Armutsbekämpfung und die globale Gerechtigkeit nicht unterläuft. Gelingt uns das nicht, schwindet die Chance, diesen Kampf noch zu gewinnen.

Ein schwächelndes Europa stärken

Die vielleicht bedeutendste geopolitische Herausforderung, auch in der Klimapolitik, ist die Schwäche Europas. Viele Jahre lang hat die EU innerhalb der UNFCCC eine führende Rolle gespielt. Sie hat sich stets für rechtlich bindende Regeln eingesetzt und ihren Argumenten ein normatives Gerüst gegeben. Die EU hat bis 2020 konkrete Ziele für die Senkung von Treibhausgasemissionen (20 Prozent), die Erhöhung der Energieeffizienz (20 Prozent) und die Förderung des Anteils erneuerbarer Energien am Energiemix (20 Prozent). Die heutige EU der 27 ist allerdings weniger einheitlich als es die EU der 15 war, die über das Kyoto Protokoll verhandelte. Und sie hat zunehmend Schwierigkeiten, gemeinsame Positionen zu internationalen Themen zu entwickeln, wobei es ihr

9. Zur ALBA-Gruppe gehören unter anderem Bolivien, Venezuela, Ecuador, Kuba, Nicaragua, Antigua und Barbuda.
10. Siehe http://www.g20.org/about_what_is_g20.aspx (abgerufen am 31.Oktober 2011).

nicht immer gelingt, die nationalen Sonderinteressen der großen Mitgliedstaaten zu umgehen. So ist es der EU beispielsweise bislang nicht gelungen, das Ziel der Emissionssenkung von 20 auch nur auf 25 Prozent anzuheben, obgleich selbst dies fast nur ein „Weiter wie bisher“ bedeuten würde und die EU, um tatsächlich eine Führungsrolle zu übernehmen, sich ein Ziel deutlich jenseits der 30 Prozent geben müsste.

Die aktuelle Schulden- und Euro-Krise zeigt deutlich, dass die europäischen Politikerinnen und Politiker dabei versagen, Probleme ursächlich anzugehen, und dass sie kaum in der Lage sind, frühzeitig auf Krisen zu reagieren. Das ist nicht nur für den Euro ein Problem, sondern auch für die Klimapolitik. Die Welt braucht ein Europa, das stark und unerschrocken genug ist, sich den kommenden Herausforderungen zu stellen. Die EU – und Deutschland als ihre größte Wirtschaftsmacht – muss beweisen, dass es möglich ist, sich von fossilen Brennstoffen zu verabschieden und gleichzeitig einen gerechten Übergang zu schaffen, der auch den möglichen Verlierern in diesem rasch ablaufenden Prozess Antworten bietet. Die EU muss jedoch auch ihre internationalen Verpflichtungen bei der Klimafinanzierung erfüllen, sie muss aus dem globalen Wettlauf um natürliche Ressourcen aussteigen, und sie muss sich unerschrocken für die multilaterale Lösung globaler Probleme einsetzen.

Für eine kohärenten und komplementäre internationale Klimapolitik

Politisches Engagement braucht in diesem wechselvollen Klima ganz neue Strategien und Bündnisse. Dazu muss, unserer Meinung nach, von den folgenden Überlegungen ausgegangen werden:

- **Wenn es uns ernst ist, einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern, dann gibt es keine Alternative zu einem rechtlich bindenden Abkommen.**

Für Durban bedeutet das konkret, dass wir auf unsere Regierungen Druck ausüben müssen, damit sie einer zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls zustimmen und einen Fahrplan für ein rechtlich bindendes Abkommen bis 2015 für sämtliche anderen Staaten aushandeln. Gelingt es nicht, rechtlich bindende Klimaschutzverpflichtungen auszuhandeln, wäre das in der Praxis das Ende des Zwei-Grad-Ziels. Einige wenden ein, dass man bei einem rechtlich bindenden Abkommen per Definition weniger ehrgeizige Zielvorgaben in Kauf nehmen müsse. Wir teilen diese Einschätzung nicht. Denn die Tatsache, dass eine Vereinbarung verbindlich ist, sagt nichts darüber, zu welchen weitergehenden Maßnahmen man sich selbst verpflichtet. Wir müssen uns jedoch dringend der Frage stellen, wie die Lasten gerecht geteilt werden können. Da eine solche Debatte bislang nicht formal geführt wurde, sorgen sich die schnell wachsenden Volkswirtschaften, ihr Recht auf Entwicklung könne beschnitten werden, und die historisch bedeutsamen Emittenten könnten sich aus der Verantwortung stehlen.

- **Wir müssen dafür sorgen, dass die UNFCCC das entscheidende Forum der Klimapolitik bleibt, gleichzeitig aber unsere Strategien auf diejenigen Foren und politischen Programme (insbesondere der G-20) ausrichten, die versuchen, Klimaschutz zu untergraben.**

Klimapolitik (als CO_2-Bilanz verstanden) durchdringt heute jeden Bereich der Umweltpolitik, sei es die Biodiversität oder die Landwirtschaft; sektorale Ansätze und Pläne nehmen zu. Die großen Netzwerke in der Umweltpolitik und der Entwicklungszusammenarbeit sowie andere zivilgesellschaftliche Organisationen werden entscheiden müssen, wie viel ihrer Zeit und Ressourcen sie in den nächsten Jahren in den UN-Klima-Prozess stecken wollen. Vor dem Hintergrund der großen geopolitischen Verschiebungen ist klar, dass wir unsere Anstrengungen nicht auf ein Forum allein richten können. Die Frage aber, ob sich ein Problem im Rahmen der G-20, der UNFCCC oder von Rio 2012 stellt, ist weniger wichtig als die Tatsache, dass wir es schlussendlich immer mit denselben Regierungen zu tun haben (wenn auch, je nach Forum, mit unterschiedlichen Organisationseinheiten und damit auch Interessenslagen dieser Regierungen). Wir müssen folglich unsere strategischen Ziele, unsere Verbündeten und die wichtigsten Blockierer klar identifizieren, uns über unsere Positionen im Klaren sein und uns darauf fokussieren, wo die tatsächlichen Entscheidungen fallen, wo Politiken umgesetzt und Instrumente eingeführt werden. Damit einher geht auch ein klarer Strategiefokus auf die nationale Ebene, damit Regierungen in sämtlichen Foren eine kohärente Politik vertreten. Wir müssen dafür sorgen, dass die UNFCCC das wichtigste Forum in der internationalen Klimapolitik bleibt, da dies der einzige Ort ist, an dem die am stärksten gefährdeten Länder mit am Tisch sitzen und in dem die Zivilgesellschaft als aktive Beobachterin eine gewisse Rolle spielen kann (eine Rolle, die um einiges verbessert werden muss). Gleichzeitig dürfen wir nicht allein auf die Vertragsstaatenkonferenzen schauen und dort ein ums andere Mal auf den großen Durchbruch hoffen, erst in Kopenhagen, dann in Cancun, jetzt in Durban. Dieser komplizierte Pro-

zess bedarf ernsthafter, langfristiger und professioneller Begleitung durch zivilgesellschaftliche Beobachtung und Engagement auf Jahre hinaus. Eine gute Arbeitsteilung zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen wird entscheidend sein, benötigt aber Vertrauen, das in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre hier und da verloren gegangen ist.

- **Internationaler Stillstand darf kein Vorwand dafür sein, auf nationaler Ebene nichts zu tun.**

Wenn es auf globaler Ebene an Ehrgeiz mangelt, darf dies keine Entschuldigung für halbherzige Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen auf nationaler Ebene sein. Ein Ende des „Weiter wie bisher" bedeutet auch, sämtliche Strategien in allen Bereichen an Klimafragen zu messen, d.h., für eine CO_2-arme, ressourceneffiziente und klimaresiliente Entwicklung zu sorgen. Ehrgeizige, innovative und wirksame Maßnahmen und Politiken auf lokaler und nationaler Ebene werden letztlich die Grundlage für eine gerechte internationale Vereinbarung bilden. Zu dem globalen Ziel beizutragen, bis 2100 den CO_2-Ausstoß um bis zu 90 Prozent zu senken, ist die Pflicht jeder Regierung auf unserem Planeten – entsprechend der Verantwortung und der Möglichkeiten des jeweiligen Landes.

Ein Ende des „Weiter wie bisher" bedeutet auch eine Änderung der Muster unseres Energieverbrauchs – weg von Öl und besonders weg von Kohle. Öffentliche Mittel müssen anders fließen, wozu auch gehört, schädliche Subventionen zu streichen. Um eine gefährliche Erderwärmung abzuwenden, werden wir sogar Reserven fossiler Brennstoffe im Boden lassen müssen. Die richtigen Politiken, Vorschriften und Anreize, die im großen Rahmen dafür sorgen, müssen jedoch erst noch gefunden werden.

Nationale Regierungen haben gleichfalls eine hohe Verantwortung, Anpassungsstrategien zu entwerfen und umzusetzen, die die Bedürfnisse und Möglichkeiten von besonders verwundbaren Gruppen – dazu gehören indigene Völker und Frauen – in ihren jeweiligen Ländern berücksichtigen. Damit das gelingt, müssen zahlreiche Politiken in Bereichen wie Landwirtschaft, Gesundheit, Wasser und Verkehrswesen überarbeitet werden. Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen müssen einander ergänzen. Um auf nationaler Ebene Politikkohärenz zu gewährleisten, müssen neue Institutionen und neue politische Entscheidungsprozesse entwickelt werden.

- **Klimapolitik bedarf einer neuen Ressourcenpolitik auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene; sie muss sich über eine bloße Fixierung auf CO_2 hinaus entwickeln.**

Was wir wirklich meinen, wenn wir über Klimaschutz und die Anpassung an die unvermeidlichen Folgen der Erderwärmung sprechen, ist eine neue Art, unsere natürlichen Ressourcen – Land Wasser, Wälder, Biodiversität, Bodenschätze und fossile Brennstoffe – aufzuteilen, zu schützen, zu bewirtschaften und zu verwalten. Kämpfe für eine nachhaltigere und gerechtere Ressourcenpolitik finden lokal, national und international statt – um die Teersande in Kanada und im Kongo, die Regenwälder Brasiliens und Indonesiens, die Bodenschätze in der Arktis und am Grund der südlichen Meere, die Ölfelder in Nigeria und Libyen und Ackerland in aller Welt.

Einige der gefährlichsten Trends der aktuellen Klimapolitik lassen sich erklären, wenn wir sie aus Sicht der Ressourcenfrage betrachten. Folgende Muster findet man vielerorts: die Privatisierung der Gemeingüter, die „Finanzialisierung" der Natur, den Vorrang der Investorinnen und Investoren vor Umwelt und Menschen. Wir fordern von unseren Regierungen, dass sie für eine kohärente Klimapolitik sorgen, indem sie die Verbindungen zwischen unterschiedlichen Ressourcenkonflikten und Krisen berücksichtigen. Allerdings glauben wir auch, dass die Zivilgesellschaft noch viel tun muss, um wirklich stimmige und umfassende Strategien zu entwickeln, und dass sie Allianzen quer zu den oft voneinander isoliert arbeitenden Gruppen und Themen herstellen muss, um diese auch umsetzen zu können.

Ohne ein rechtlich bindendes weltweites Abkommen, bei weltweit steigenden Emissionen und angesichts der Gefahr, dass das Klima ganz außer Kontrolle gerät, neigen viele zur Ansicht, durch neuartige, oft noch unausgereifte technische Lösungen sei eine Senkung der CO_2-Emissionen an der Quelle nicht nur schwierig, sondern gar nicht notwendig. Viele dieser Technologien schaden der Umwelt und den Menschen jedoch sehr, und ihre Folgen können wir nur dann realistisch abschätzen, wenn wir uns von einer bloß auf CO_2 fixierten Perspektive lösen (Beispiele sind die Atomkraft, Großstaudämme, Gentechnik in der Landwirtschaft, Biokraftstoffe und die gezielte Klimamanipulation durch Geo-Engineering). Wir müssen in der Lage sein, die Interessen aufzudecken, die sich hinter solchen Irrwegen verbergen, müssen die wesentlichen Triebkräfte und Akteure benennen können, und wir müssen mehr denn je für ein Klima der Gerechtigkeit eintreten.

- **Klimagerechtigkeit – jetzt erst recht: Die Bedürfnisse der Schutzlosen müssen im Mittelpunkt stehen!**

In den letzten Jahren war das Schlagwort vieler zivilgesellschaftlicher Netzwerke im Kontext der Klimaverhandlungen „Klimagerechtigkeit" („Climate Justice") – und zu Recht. Angesichts neuer Entwicklungen und den Gefahren für unsere wichtigsten Forderungen müssen wir jedoch neu definieren, was Klimagerechtigkeit für uns bedeutet – und dies dann in Strategien, Projekte und Handeln übersetzen. Der oben beschriebene moralische Imperativ muss stärker ins Zentrum rücken; technokratische Win-Win-Ansätze alleine sind keine Lösung.

In einem Kampf, der uns an den Rand einer Niederlage gebracht hat, muss das normative Gerüst, innerhalb dessen wir uns bewegen, klar sein, und wir müssen anderen vermitteln können, worum es dabei geht. Entscheidender Bestandteil eines solchen Gerüsts ist der Vorrang, den die Bedürfnisse und Fähigkeiten der am meisten gefährdeten Gruppen genießen müssen. Es ist richtig: die Finanzkrise ist eine große Gefahr für unsere Volkswirtschaften, und viele Menschen werden indirekt an den Folgen dieser Krise sterben, wenn wir sie nicht in den Griff bekommen. Dennoch ist es eine Krise der Reichen und Vermögenden. Die Armen dieser Welt können dadurch indirekt auch betroffen sein, beispielsweise durch schwankende Rohstoffpreise. Die ganz überwiegende Gefahr, der hunderte Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern, Fischerinnen und Fischer, Frauen, Kinder und Slumbewohnerinnen und -bewohner jedoch ausgesetzt sind, ist der Klimawandel in all seinen Facetten. Unseren zweiten Schwerpunkt müssen entsprechend Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bilden, deren Finanzierung, der Ausgleich für Verluste und Schäden und die entsprechenden Institutionen zur Umsetzung. Einen dritten Schwerpunkt bildet die Debatte um die gerechte Teilung der Lasten – eine Debatte, die mit einem rechtlich verbindlichen Klimaregime beginnen muss und die die wahren Kosten der Krise (in einer um vier Grad wärmeren Welt) und mögliche Lösungswege (Technologien, Politiken) mit einschließt.

Die Rolle der Zivilgesellschaft in der internationalen Klimapolitik

In den letzten 25 Jahren hat die Zivilgesellschaft die internationalen Debatten zu Themen wie Umweltschutz, Handel und Investitionen, Wirtschaft und Finanzen entscheidend vorangetrieben. Ihre Kampagnen haben den Klimawandel zu einem Thema gemacht, das Staatsoberhäupter nicht mehr ignorieren können. Die Öffentlichkeit hat verstanden, dass das Elend der Armen und die Fragilität unserer Umwelt nicht einfach ein Verhängnis sind, sondern dass es sich um Katastrophen aufgrund menschlicher Verschwendung und Verantwortungslosigkeit handelt. Nichtregierungsorganisationen (NROs) haben gleichfalls eine Schlüsselrolle dabei gespielt, dass das Kyoto Protokoll zustande kam und in Kraft trat, dass umweltschädliche Schlupflöcher geschlossen und dass die grundlegenden Mängel in Systemen wie dem Clean Development Mechanisms (CDM) thematisiert wurden. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass es die NROs waren, die in Kopenhagen darauf aufmerksam machten, dass „der Kaiser nackt ist" und dass die gelobten Zusagen bei Weitem nicht ausreichten, um die Gigaton Gap zu schließen. Zurecht haben jedoch Viele in den vergangenen Jahren die Frage gestellt, ob die wachsende Kluft zwischen „intern" und „extern" verfolgten Strategien – sowie der offene Streit über Kernziele und Themen – die Zivilgesellschaft nicht daran gehindert haben, ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle in einem zerrütteten demokratischen System spielt, in dem Regierungen versagen und die Interessen der Wirtschaft uns in die falsche Richtung treiben. Was aber können wir anders machen, wenn so viel schiefgelaufen ist und so viel auf dem Spiel steht?

- **Bündnisse neu aufbauen – mit einer klaren Arbeitsteilung**

Um gemeinsam in der entscheidenden Frage am selben Strick zu ziehen, müssen wir uns nicht in jedem Punkt einig sein. Ob und wie marktwirtschaftliche Instrumente genutzt werden sollen oder ob mit fortschrittlichen Unternehmen zusammengearbeitet werden kann – solche Fragen wurden und werden von bestimmten Teilen der Zivilgesellschaft als unüberbrückbare ideologische Abgründe gesehen. In solchen oft rein rhetorischen Kämpfen verlieren wir manchmal unsere gemeinsamen Vorstellungen und Ziele aus den Augen. Die zivilgesellschaftlichen Bündnisse neu aufzubauen würde sich unseres Erachtens angesichts der Größe des Problems und den sehr realen Störkräften, die sich uns in den Weg stellen, lohnen. Dabei gilt es, diejenigen, die innerhalb des Prozesses arbeiten, mit denen zusammenzubringen, die das „System" von außen bekämpfen. Damit das dazu nötige Vertrauen (wieder) hergestellt werden kann, müssen wir das normative Gerüst, in dem wir uns bewegen, offenlegen. Es kann sein, dass wir so einige Bündnispartnerinnen und Bündnispartner verlieren. Nicht alle werden sich auf dieselben Kriterien einigen, dieselben unverzichtbaren Forderungen aufstellen. Es wird uns so aber möglich werden, mächtige neue Bündnisse zu schlie-

ßen, die große Teile der Zivilgesellschaft umfassen und deren Mitglieder in zahlreichen internationalen Foren aktiv sind – UNFCCC, G-20, Rio+20, internationale Finanzinstitutionen etc. Dies ist das Fundament für größere Transparenz, Synergien und nachhaltige Wirkung.

- **Wichtige Blockierer und Koalitionen ausfindig machen – Advocacy-Arbeit neu ausrichten**

Glauben wir wirklich, unsere politischen Führungskräfte seien so dumm, dass sie nicht wüssten, was auf dem Spiel steht? Einige mögen sich über die Größe des Problems nicht im Klaren sein; anderen entgeht vielleicht, wie eng die Probleme zusammenhängen. Das Hauptproblem, glauben wir jedoch, ist, dass es an öffentlicher Unterstützung für unpopuläre Maßnahmen fehlt, die vor allem den Machtlosen und zukünftigen Generationen zu Gute kommen werden. Wie können wir den nötigen politischen Willen schaffen? Eine Art, sich dieser Frage zu nähern, ist zu konstatieren, dass Politik und Regierungen oft nicht das richtige Ziel für unsere Lobby- und Advocacy-Arbeit sind, und dass wir die wahren Blockierer besser ausfindig machen müssen – wozu auch wir selbst gehören, wenn wir nicht dazu bereit sind, uns der Herausforderung zu stellen und ins kalte Wasser zu springen, ohne zu wissen, wie weit es zum anderen Ufer ist.

- **Eine weltweite Bewegung mobilisieren, um die Gemeingüter zurückzufordern**

Menschen in aller Welt haben auf lokaler Ebene verhindert, dass neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Langjähriger Widerstand hat endlich – wenn auch erst nach der Katastrophe von Fukushima – dazu geführt, dass Deutschland aus der Atomkraft aussteigt. Tausende Menschen nehmen jedes Jahr an weltweiten Aktionstagen teil oder entscheiden sich tagtäglich bewusst dafür, Energiesparbirnen zu kaufen, erneuerbare Energien zu verwenden, weniger Fleisch zu essen oder den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Wenn es darum geht, die besten Strategien für Mobilisierung und Widerstand zu finden, dürfen wir nicht länger das Lokale gegen das Globale ausspielen. Angesichts der gegenwärtigen Krisen – Klima, Armut, Hunger, Wirtschaft und Demokratie – ist es notwendig, auf allen Ebenen zu handeln.

Es macht Hoffnung, Zeuge zu sein, wie viele Menschen in aller Welt Widerstand leisten gegen die unheilvolle Macht von Konzernen, Machtmissbrauch, Korruption und Ungleichheit – und wie sie mehr Transparenz fordern, mehr Beteiligung, feste Regeln und demokratische Räume, in denen sie ihre Anliegen kundtun können. So entsteht Druck auf die Politik, und hin und wieder stürzt so eine Diktatur. Wir brauchen Bündnisse, die gleichermaßen machtvoll und gezielt vorgehen gegen die Plünderung natürlicher Ressourcen, wirtschaftlich motivierte Gier, nicht-nachhaltige Entwicklungsmodelle und Ungerechtigkeit in aller Welt: Occupy Big Oil, Amazonien, die Arktis, Alberta ... und ‚Reclaim the Commons'!

Kontakt:
Lili Fuhr
Referentin für Internationale Umweltpolitik
Heinrich-Böll-Stiftung
Schmannstraße 8
10117 Berlin
T +49 (0) 30 285 34 304
F +49 (0)30 28534 5304
E fuhr@boell.de